

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
211 · Ausgabe CH · März 2024
AZB 3001 Bern · Post CH AG



Ja zum Klimaschutz, Ja zum Stromgesetz

Alles, was du über das Stromgesetz wissen musst, ab Seite 4

EIN JAHR DANACH

Der Untergang der CS bewegt noch immer – aber im Parlament bewegt sich zu wenig. Banken müssen strenger reguliert werden!
Seite 6

JUBEL NACH DER 13. AHV-RENTE

Das deutliche Ja zur Sozialvorlage verleiht unserem Kampf für die Prämien-Entlastungs-Initiative zusätzlich Schub.
Seite 7

Liebe Genoss:innen



Ein Zuhause für viele.

Mit diesen Zeilen verabschiede ich mich nach sechs Jahren auf dem Generalsekretariat von euch. Ich danke euch für eure Unterstützung und eure Kritik, für euer Engagement und euren Erfahrungsschatz. Denn unsere Partei lebt von der Basis her. Dort hat unsere Bewegung ihren Anfang genommen. Leitmotiv war und ist die Solidarität: Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gründeten Arbeiter:innen erste Kassen, die im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit einsprangen. Berufsvereine entstanden als Vorläufer der Gewerkschaften.

Denn nur gemeinsam organisierte Interessen waren und sind stark. Nach den Gewerkschaften entstanden die Partei (Gründungsjahr der SP: 1888) sowie zahlreiche Freizeit-, Kultur- und Sportorganisationen.

Menschen schliessen sich aus vier Beweggründen einer Organisation an: zum persönlichen Vorankommen, aufgrund geteilter Werte, weil sie selber aktiv werden wollen sowie zum Zweck der Geselligkeit. Diese Motive haben sich seit der Frühzeit der Arbeiter:innenbewegung nicht fundamental verändert. Alle haben sie ihre Berechtigung – und die Partei hat darauf zu antworten.

Wir müssen die Partei als Organisation stärken. Dazu braucht es mehr Zusammenarbeit zwischen allen Ebenen und Gliederungen der Partei. Gleichzeitig müssen wir uns extern mehr vernetzen, sei es mit Migrationsorganisationen oder Gewerkschaften, Umweltverbänden oder Quartiervereinen. Und wir müssen die Sektionen fördern, denn sie sind die Basis unserer Partei. Die Mitgliederwerbung muss verstärkt werden. Zahlreiche Gelegenheiten können dafür genutzt werden – vom Stammtisch im Dorf bis zur Online-Begegnung. Nach dem Beitritt müssen die Mitglieder willkommen geheissen und eingebunden werden. Dabei spielen auch die Angebote der parteiinternen Bildung eine wichtige Rolle. Damit fühlen sich die Mitglieder motiviert und kompetent, die ihnen übertragenen Aufgaben auszuführen.

Die Partei soll ein Zuhause für viele sein. Denn wie Stauffacher es in Schillers «Wilhelm Tell» sagt: «Verbunden werden auch die Schwachen mächtig.» Wir haben gezeigt, was wir erreichen können. Und es gibt noch viel zu tun für uns.

Mit herzlichen und solidarischen Grüssen aus Erstfeld (UR)

Rebekka Wyler
Co-Generalsekretärin

INHALT

- 4 **«Der Strom kommt nicht einfach aus der Steckdose»**
Alles, was du zum Stromgesetz wissen musst
- 7 **«Mis Grosi het unglaublich Froid»**
Wie der Jubel über die 13. AHV-Rente das ganze Land erfasste
- 8 **Nicht auf Kosten der Ärmsten dieser Welt!**
Wer soll den Wiederaufbau der Ukraine finanzieren?
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen**
- 13 **Ohne Arbeitsrechte keine Demokratie!**
Wie der Solifonds im Westjordanland die Rechte der Arbeiter:innen verteidigt
- 14 **Tschüss, ciao, adieu**
Das Co-Präsidium verabschiedet Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler
- 16 **Kochen fürs Klima: «Jeder und jede für sich – das war gestern»**
Zu Besuch in der Rampe Baden, wo der grosse Tisch besondere Bedeutung gewinnt
- 17 **Rezension: «Weniger ist mehr»**
Warum der Kapitalismus den Planeten zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher wären
- 18 **5 Fragen an Neumitglied Thomas Meyer, Autor in Zürich**
- 19 **Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und von der Anny-Klawa-Morf-Stiftung**



Klimafonds-Initiative eingereicht

SP und Grüne haben Ende Februar für die Klimafonds-Initiative rund 130 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Mit dem Klimafonds sollen mehr Solarpanels montiert, Gebäudesanierungen vorangetrieben, der öffentliche Verkehr ausgebaut und der Erhalt von Lebensräumen sowie der Artenvielfalt gefördert werden. Es wird mehr in nachhaltige Arbeitsplätze investiert, während Weiterbildungen und Umschulungen sicherstellen, dass niemand durch die Maschen fällt und die benötigten Fachkräfte für die Jahrhundertaufgabe bereitstehen. «Diese Herausforderung können wir nur mit einer sozial gerechten und gemeinschaftlichen

Lösung anpacken», sagte SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer anlässlich der Einreichung der Volksinitiative.

Mit dem Klimafonds kann die Schweiz von Erdöl und Erdgas unabhängig werden – denn diese zerstören das Klima und finanzieren Kriege. Heute ist die Schweiz abhängig von fossiler Energie aus dem Ausland, was wichtige Investitionen im Inland verhindert und stattdessen autokratische Staaten unterstützt. «Mit einem Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz stärken wir unsere Energiesouveränität und sichern die Versorgung», sagt SP-Nationalrat Roger Nordmann.

Armut: Familien unter Druck



Just als im Parlament auf Drängen der SP die ausserordentliche Session zum Thema Armut stattfand, wurde das Schweizer Familienbarometer 2024 publiziert. Es zeigt deutlich, dass die Kaufkraft der Menschen zunehmend unter Druck gerät. Jede zweite Familie kämpft

gegenwärtig mit finanziellen Schwierigkeiten, 750 000 Menschen in der Schweiz gelten als armutsbetroffen. Das ist rund jede elfte Person. 134 000 davon sind Kinder und 157 000 sogenannte «Working Poor», also Armutsbetroffene trotz Erwerbstätigkeit. Die Zahl der Armutsgefährdeten liegt bei rund 1,25 Millionen – Tendenz steigend. Klar im Vordergrund steht für die Familien eine Senkung der Krankenkassenprämien. «Vor diesem Hintergrund sind konkrete, wirksame und rasche Massnahmen zur Armutsbekämpfung zwingend», sagt SP-Nationalrätin Estelle Revaz aus Genf. In einer Motion forderte sie, dass das nationale Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut bis mindestens 2030 verlängert und eine nationale Strategie zur Armutsbekämpfung verabschiedet wird. Die Motion an die Adresse des Bundesrats wurde im Nationalrat gutgeheissen. Derweil wurde eine gleichlautende Motion vom Ständerat für zusätzliche Konsultationen in die vorberatende Kommission zurückgeschickt.

Für ein soziales Europa



Bist du Doppelbürger:in oder hast einfach einen EU-Pass? Nimm an den Europawahlen teil und setze ein Zeichen für die Demokratie, für die Stärkung der Kaufkraft, für den Kampf gegen die Klimakrise und für mehr Gleichstellung. Die 700 Parlamentarier:innen werden in ganz Europa vom 6. bis am 9. Juni gewählt.

Am Samstag, 6. April, veranstalten die SP Migrant:innen in Zürich (Zentrum «Karl der Grosse» in der Zürcher Altstadt, Beginn um 10 Uhr) ein Podiumsgespräch: Unter der Leitung von SP-Ständerätin Franziska Roth diskutieren Matthias Oesch, Professor für Europarecht, Kevin Baumgartner aus Südbaden und Nadia Huberson vom PS France über die Europawahlen und die Forderungen der SP Europa.

Die SP Europa ist die stärkste progressive Kraft in Brüssel und steht für ein freies, gerechtes, sicheres und demokratisches Europa, das die Sozialsysteme und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt, nachhaltige Arbeitsplätze schafft und für ein feministisches Europa eintritt, das auch weltweit seine Verantwortung für Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit wahrnimmt. Die SPE bildet das wichtigste Bollwerk gegen den Rechtsextremismus, der die Grundfesten der europäischen Zusammenarbeit und damit den Kern Europas bedroht. Die SP Migrant:innen haben darum an ihrer Versammlung vom 23. März mit einer Resolution zur Wahl sozialdemokratischer Vertreter:innen in ganz Europa aufgerufen. Den Wortlaut findest du hier:





«Der Strom kommt nicht einfach aus der Steckdose»

Das Stromgesetz, über das wir am 9. Juni abstimmen, fördert die Stromproduktion aus Sonne, Wind und Wasser und stärkt den Klimaschutz. Doch wo und wie sollen erneuerbare Energien zugebaut werden? Wie haben einen Augenschein genommen und an verschiedenen Orten nachgefragt. Pia Wildberger

Ortstermin in der beschaulichen Gemeinde Oberhof (AG), die von der Nachbargemeinde Wölflinswil nur durch eine Hochspannungsleitung getrennt wird. Auf den dortigen Jurahöhen sollen fünf Windturbinen gebaut werden. «Dort hinter der Bergkuppe», sagt Heinz Herzog von der SP, Vize-Ammann der 600-Seelen-Gemeinde, und deutet auf die Krete auf der anderen Talseite, die auf Solothurner und Aargauer Bo-

den liegt. Auf der Anhöhe soll genug Strom produziert werden, um den Bedarf fast aller Haushalte einer Stadt in der Grösse von Aarau zu decken.

Doch wann es so weit sein wird, steht in den Sternen. Dabei ist das Projekt Burg – die Turbinen kommen auf der Burgmatte zu stehen – schon recht weit fortgeschritten und

kennen oder verwandt sind, teilen sich Familien und Freunde zwischen Pro- und Kontra-Lager.

Die Einsprecher von Wölflinswil und Oberhof machen vor allem den Landschaftsschutz geltend und geisseln das Projekt auf ihrer Website als «rücksichtslos» und «masslos». Vize-Ammann Heinz Herzog kann da nur den Kopf schütteln. «Die Projektverantwortlichen haben sehr viel gemacht, um den Einsprechern entgegenzukommen.» Auch die Umweltverträglichkeitsprüfung sowie die Geolog:innen haben grünes Licht gegeben.

Mehr als 80 Prozent des geplanten Zubaus an erneuerbarer Energie entfallen auf Sonnenstrom auf Dächern und auf bestehenden Infrastrukturen des Bundes.

dürfte bald vor dem Bewilligungsverfahren stehen. Es begann 2008 und hat bereits Referenden und Gemeindeabstimmungen überstanden. Derzeit steckt es wegen mehrerer Einsprachen unter anderem auch beim Regierungsrat fest. Die Diskussion ist bisweilen verbissen – in einem Dorf, in dem sich fast alle

Die Turbinen werden dereinst nicht auf Wölflinswiler Boden zu stehen kommen, sind aber von dort aus gut sichtbar. Doch auch Ursula Nakamura von der SP Wölflinswil kann die gegnerischen Argumente nicht nachvollziehen: «Wir leben hier im Fadenkreuz von drei Atomkraftwerken, aber die Leute konzen-

WIE GEWINNEN WIR DAS STROMGESETZ?

In der Herbstsession 2023 haben National- und Ständerat das Stromgesetz deutlich gutgeheissen. Neben den meisten Parteien befürworten Umweltverbände wie Pro Natura, WWF, Greenpeace und die Schweizerische Energie-Stiftung das Gesetz. Auch der Wirtschaftsdachverband economie-suisse, Swis cleantech und der TCS haben sich für ein Ja ausgesprochen. Einzig die SVP hat die Nein-Parole gefasst. Gut möglich, dass die SVP mit Falschinformationen versuchen wird, Stimmung gegen das Stromgesetz zu machen. Informiere dich darum an unserem Online-Anlass am **24. April (19.30 Uhr)** mit Nationalrat Jon Pult über die Massnahmen und Argumente, mit denen wir unser Umfeld überzeugen können. Hier geht's zur Anmeldung:





trieren ihre Ängste auf Windräder und blenden die grossen Gefahren aus.» Für sie ist klar: «Das Stromgesetz ist die Antwort auf die überflüssige Diskussion über neue AKWs.»

Im Kampf gegen die Klimakrise müssen wir dringend und beschleunigt erneuerbare Energien zubauen. Gerade im Winter leistet die Windenergie einen wichtigen Beitrag, um die Stromlücke zu stopfen, denn Turbinen produzieren zwei Drittel des Stroms im Winterhalbjahr. Bis es auch auf den Jurahöhen bei Aarau so weit ist, dürfte es noch dauern, denn die Gegner haben bereits angekündigt, bis vor Bundesgericht zu gehen. Wenn wir das Netto-null-Ziel erreichen wollen, ist ein Ausbau der Windkraft jedoch dringend.

Bald mehr erneuerbare Energie als Atomstrom

Das Stromgesetz gibt verbindliche Ziele für den Ausbau vor: Bis 2035 soll die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien – im Wesentlichen Wind und Sonne – auf 35 Terawattstunden (TWh) ausgebaut werden. Das ist mehr Strom, als die Atomkraftwerke 2023 produziert haben (rund 23 TWh). Doch der Weg zu mehr Klimaschutz ist weit. Gemäss dem Branchenverband Swissolar deckt die Solarenergie heute zehn Prozent des Verbrauchs, Tendenz stark steigend. Zum Vergleich: Die

Schweiz verbraucht pro Jahr insgesamt rund 60 TWh.

Rasch und günstig lassen sich Solaranlagen realisieren. Mehr als 80 Prozent des geplanten Zubaus entfallen darum auf Sonnenstrom auf Dächern und auf bestehenden Infrastrukturen des Bundes. Für neue Gebäude mit einer Fläche von 300 Quadratmetern oder mehr gilt zudem neu eine Solarpflicht. Um jedoch sicher durch den Winter zu kommen, sind zusätzliche Wasser- und Windkraftwerke sowie Solaranlagen in den Bergen notwendig. Alpine Solaranlagen liefern 40 bis 50 Prozent ihres Stroms im Winter. Viel Sonne, Schnee, der das Sonnenlicht zusätzlich reflektiert, und kaum Nebel führen zu einer hohen Produktion.

Winterstrom aus den Alpen

Vor diesem Hintergrund richten sich die Blicke ins Bündnerland und ins Wallis. Hier sind die Solar-Grossanlagen geplant, die die Winterstromlücke verkleinern sollen. An den Gemeindeversammlungen und bei Urnenabstimmungen haben diese Projekte jedoch häufig einen schweren Stand. Nicht so in Davos. Auf der Totalp im Gebiet Parsenn entsteht eine Solar-Grossanlage, die Strom für rund 3000 Haushaltungen liefern wird. Die Stimmberechtigten stimmten dem Projekt im vergangenen Dezember mit grossem Mehr zu. Die Anlage liegt im Skigebiet, ist bereits erschlossen und erstreckt sich auf eine Fläche, die kaum landwirtschaftlich genutzt wird – sie heisst nicht von ungefähr «Totalp». «Das hat die Leute überzeugt», sagt Joshua Verhoeven, Präsident der SP Davos. Wichtig: Das Projekt wird vom Davoser Elektrizitätswerk und weiteren lokalen Elektrizitätswerken zusammen mit der Swisspower AG realisiert.

Der lokale Bezug und die notwendige Überzeugungsarbeit spielen eine grosse Rolle. «Die Leute müssen den Nutzen sehen», sagt Sebastian Werlen, Vize-Präsident der SP Oberwallis. Sonst zieht die Bevölkerung den Projekten den Stecker. Etliche der geplanten Solaranlagen mussten entsprechend bereits redimensioniert oder eingestellt werden.

Doch es geht auch im Wallis, wie das Beispiel von Anniviers zeigt. An der Gemeindeversammlung stimmten die Stimmbürger:innen nahezu geschlossen dem Solarprojekt von Gemeinderat, Bergbahnen und Al-

piq zu. Auf 2450 Meter Höhe soll im Skigebiet eine Anlage entstehen, die jährlich Strom für 3500 Haushalte liefert, die Hälfte davon im Winter. Dem Gemeinderat ist es gelungen, die Bedenken zu zerstreuen – weder der Skitourismus noch die Alpwirtschaft sind tangiert – und die Bürger:innen von den Vorteilen zu überzeugen.

Auch im Val d'Anniviers ist klar: Damit wir die Klimaziele erreichen und den Atomstrom ersetzen können, müssen wir mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien aus Wind, Wasser und Sonne endlich vorwärtskommen. Um es mit den Worten von Sebastian Werlen zu sagen: «Denn der Strom kommt nicht einfach aus der Steckdose.»

JA ZUM STROMGESETZ!

Was will das Stromgesetz?

Mehr Wasserkraftwerke, mehr Solarpanels und Windräder: Mit dem Stromgesetz sollen mehr erneuerbare Energien zugebaut werden. Dafür gibt es länger Fördergelder, und Bewilligungsverfahren werden erleichtert.

Was heisst das in Zahlen?

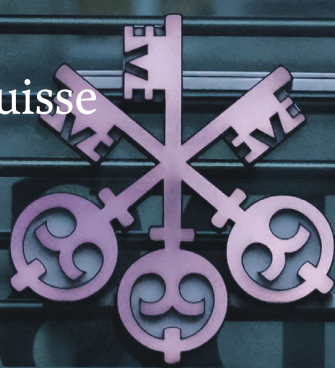
Um das Klima zu schützen und die Versorgungssicherheit zu stärken, definiert das Stromgesetz konkrete Ziele: Die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen wie Wind und Sonne soll bis 2035 deutlich steigen (mindestens 35 TWh, 30 TWh mehr als heute) und die Wasserkraft leicht ausgebaut werden (37,9 TWh, 0,5 TWh mehr als heute). Zusätzlich soll mit Effizienzsteigerungen Strom gespart werden (2 TWh Reduktion des Bedarfs).

Welches sind die wichtigsten Massnahmen?

- **Solarpflicht:** Auf Dächern und Fassaden, die neu gebaut werden und über 300 Quadratmeter gross sind, müssen künftig Solarpanels montiert werden.
- **Mehr Wasserkraft:** 16 Wasserkraftprojekte profitieren von erleichterten Bewilligungen und sollen damit schneller realisierbar sein, damit mehr Strom produziert und gespeichert werden kann. Diese Projekte wurden am «Runden Tisch» unter der früheren Bundesrätin Simonetta Sommaruga zusammen mit den Umweltorganisationen ausgehandelt und ins Stromgesetz übernommen.
- **Bessere Koordination:** Alpine Solaranlagen sind eine sinnvolle Ergänzung zum Solarausbau auf und an bestehenden Gebäuden. Sie sollen gemäss Gesetz nun besser koordiniert werden. Die Interessen des Landschafts- und Biotopschutzes sowie der Landwirtschaft werden dabei ebenfalls wirkungsvoll berücksichtigt. Das fördert Projekte mit einem ausgewogenen Verhältnis von Kosten und Nutzen.
- **Kostendeckende Minimalvergütung für alle:** Ins Netz eingespeister Solarstrom von privaten Anlagen soll von den Elektrizitätswerken obligatorisch abgenommen und mit einer kostendeckenden Minimalvergütung abgegolten werden.

Fazit

Das Stromgesetz ist ein wichtiger Schritt, um endlich weg von (ausländischem) Öl und Gas zu kommen. Mit einem Ja zu dieser Vorlage werden Klimaschutz und Versorgungssicherheit gestärkt.



UBS

CREDIT SUISSE

Ein Jahr nach dem CS-Kollaps – und noch nichts gelernt



Céline Widmer
Nationalrätin ZH

Wo stehen wir nach dem Untergang der CS und der Fast-Finanzkrise vor einem Jahr? Ein Blick zurück und in die Zukunft.

Vor einem Jahr kollabierte die zweitgrösste Schweizer Bank. Wir waren erschüttert, die Schlagzeilen gingen um den Globus. Tausende von Mitarbeiter:innen bangten um ihren Job, eine Finanzkrise drohte. Der Staat musste mit Garantien im Gesamtumfang von 259 Milliarden Franken eingreifen (rund ein Drittel des Schweizer Bruttoinlandsprodukts), um einen unkontrollierten Konkurs der Credit Suisse zu verhindern. Denn damit wäre nicht nur der Schweizer Finanzplatz und mit ihm die gesamte Volkswirtschaft in eine Krise gestürzt worden. Der Untergang der Credit Suisse hätte wahrscheinlich einen internationalen Crash ausgelöst mit fatalen Folgen für weitere Staaten und noch mehr Menschen.

Vogel-Strauss-Politik

Der Zusammenbruch kam nicht aus heiterem Himmel, es war eine Krise mit Ansage. Über Jahre hatte sich die CS mit hochriskanten Geschäften verspekuliert und dennoch über 40 Milliarden Franken an Boni und Dividenden ausgeschüttet. Dass es

mit der Gier nach immer höheren Renditen nicht aufgehen konnte, war klar.

Die Bankenaufsicht rügte die CS immer wieder, ohne Wirkung. Die SP forderte wiederholt strengere Bankenregulierungen und eine Stärkung der Aufsicht, vergeblich. Als alle Signale auf Rot standen, sagte der damalige Finanzminister Ueli Maurer öffentlich, man müsse die CS jetzt einfach etwas in Ruhe lassen.

Und dann ging es plötzlich sehr schnell, Milliarden flossen ab, innert Tagen musste eine Lösung her. Sie hiess dann: Übernahme durch die UBS mit Milliardenunterstützung durch Bund und Nationalbank.

Kurz darauf brüstete sich die SVP lautstark mit Forderungen nach schärferer Regulierung, sprach vom Trennbankensystem, von einer Boni-Rückzahlung und sogar von einem Verbot von Too-big-to-fail-Banken. Doch im Laufe des Jahres zeigte sich, was wir von Anfang an vermuten mussten: Das waren alles nur leere Worte. Die Bürgerlichen boten und bieten nicht Hand, um endlich Risi-

ken aus dem Finanzsystem zu nehmen und so zu verhindern, dass der Staat wieder mit Milliarden einspringen muss, um nach allfälligen spekulativen Eskapaden und Verfehlungen der neu entstandenen Monsterbank noch grössere Verwerfungen abzuwenden. Mit einem durchschaubaren Trick hat die SVP nun sogar ihre eigenen Vorstösse zur Bankenregulierung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben.

Business as usual

Ich habe mit ausländischen Finanzjournalist:innen gesprochen, die nicht glauben konnten, dass die Schweiz nach diesem Debakel einfach wieder zur Tagesordnung übergegangen ist. Aber es ist so. Nun wird behauptet, die Rettung habe den Staat ja gar nichts gekostet, die bisherige Too-big-to-fail-Regulierung habe irgendwie doch funktioniert. Beides davon ist falsch.

Jetzt gibt es in der Schweiz nur noch eine international systemrelevante Bank. Gerät diese Monsterbank ins Schlingern, kann nur noch der Staat mit unvertretbar grossem Risiko einspringen. Deshalb braucht es jetzt dringend wirksamere Regulierungen und eine gestärkte Aufsicht.



«Mis Grosi het unglaublich Froid!»



Mattea Meyer
Co-Präsidentin SP Schweiz

58 Prozent haben Ja gesagt zur 13. AHV-Rente. Dieser Erfolg ist historisch und beflügelt uns im anstehenden Abstimmungskampf um die Prämien-Entlastungs-Initiative.

Am Vormittag des 3. März sass ich im Zug nach Bern, als die ersten Abstimmungsergebnisse zur 13. AHV-Rente aus kleinen Aargauer Gemeinden veröffentlicht wurden. Die Resultate lagen zwischen 55 und 60 Prozent Ja. Da kam zum ersten Mal Hoffnung auf, dass es klappen könnte. Haben wir es wirklich geschafft, dass Rentner:innen eine bessere Rente erhalten für das, was sie ein Leben lang geleistet haben?

Nach dem Mittag war klar: Die Hoffnung wird Realität. Zum ersten Mal überhaupt stimmen die Stimmberechtigten einer AHV-Initiative zu! Das Ja ist nicht wegen eines «verlorenen Gemeinsinns» oder des «Egoismus der Boomer-Generation» zustande gekommen – so wurde in den Tagen nach der Abstimmung das Resultat in abschätziger Weise begründet. Die Menschen haben mit ihrer Stimme vielmehr unmissverständlich gesagt: Wir erwarten glaubwürdige Antworten auf den Kaufkraftverlust. Steigende Mieten,

Krankenkassenprämien und Lebensmittelpreise fressen real eine Monatsrente weg. Die SP und die Gewerkschaften haben mit der 13. AHV-Rente eine erste, glaubwürdige Antwort geliefert.

Den Schwung nehmen wir mit

Diesen Weg gehen wir weiter. Im Juni stimmen wir über die Prämien-Entlastungs-Initiative ab. Seit Jahren sind die explodierenden Krankenkassenprämien zuoberst auf dem Sorgenbarometer der Menschen. Über 60 Prozent der Gesundheitsausgaben tragen die Haushalte selbst, unabhängig von der Höhe ihres Einkommens. Der Bäcker zahlt gleich viel wie der Bankmanager, die Pflegefachfrau gleich viel wie die Professorin. Eine vierköpfige Familie zahlt bis zu 2000 Franken Prämien. Pro Monat.

Gleichzeitig nehmen sich Bund und Kantone immer mehr aus der Verantwortung: Ganze 17 Kantone haben in den letzten zehn Jahren die Prämienverbilligung im Ver-

gleich zum Prämien- und Bevölkerungswachstum gekürzt. Und die Situation wird von Jahr zu Jahr schlimmer.

Zehn Prozent sind genug!

Mit unserer Prämien-Entlastungs-Initiative stoppen wir diese Entwicklung: Die Krankenkassenprämien werden gedeckelt und dürften neu nicht mehr als zehn Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen. Das schützt nicht nur Personen mit tiefen Löhnen vor Kaufkraftverlust, sondern vor allem auch Familien, Rentner:innen-Paare und Personen mit durchschnittlichen Einkommen. Mit einem Ja werden die Haushalte vor zukünftigen Prämienerrhöhungen geschützt.

In einem der wenigen ruhigen Momente an diesem Abstimmungstag las ich eine Telefonnachricht von einem jungen Mann, den ich eine Woche zuvor im Bundeshaus getroffen hatte: «Mis Grosi het unglaublich Froid!» Da kam mir eine Freudensträne über das, was wir zusammen geschafft haben: Wir haben mit unserem Engagement die Schweiz sozialer gemacht. Wir machen den Unterschied. Danke euch allen!

Ja zum Wiederaufbau der Ukraine – aber nicht auf Kosten des globalen Südens

Die Ukraine befindet sich im dritten Jahr ihres Verteidigungskampfs gegen die russischen Invasoren. Seither sind unzählige Städte und Dörfer zerstört und ganze Landstriche vermint worden. Die ukrainische Wirtschaft ist grösstenteils zum Erliegen gekommen. Zehntausende Menschen haben ihr Leben verloren, viele mussten flüchten. Nach Schätzungen leben heute noch rund 30 Millionen Menschen in der Ukraine, 11 Millionen weniger als vor dem Krieg. Noch ist völlig offen, wann und wie der fürchterliche Angriffskrieg enden wird. Aber schon heute wird deutlich, dass die Ukraine dannzumal grossen Problemen gegenüberstehen und internationale Hilfe beim Wiederaufbau benötigen wird.

In der zurückliegenden Frühjahrsession hat sich die SP-Fraktion für den Ausbau der humanitären Minenräumung durch die Schweiz eingesetzt. Auch ist es richtig, dass Bundesrat Ignazio Cassis bereits frühzeitig den Schweizer Beitrag für den Wiederaufbau der Ukraine klären will. Völlig inakzeptabel ist aber die geplante Finanzierung. Aktuell ist vorgesehen, dass der Betrag von

5 bis 6 Milliarden Franken für einen Wiederaufbau-Fonds zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit geht. Das würde bedeuten, dass die Arbeit der Schweiz in den ärmsten Ländern des globalen Südens praktisch eingestellt werden müsste. Auch plant Cassis, den Wiederaufbau der Ukraine zu einem Investitionsförderungsprojekt für Schweizer Konzerne zu machen. Die Idee: Die Schweiz finanziert in Absprache mit der Schweizer Wirtschaft jene Bereiche, die für Firmen besonders attraktiv sind, und erleichtert den Unternehmen damit den Marktzugang.

Der Wiederaufbau der Ukraine darf nicht auf Kosten der Ärmsten dieser Welt gehen, die bereits heute unter Hunger und Armut leiden. Die Ukraine-Finanzierung muss über in der Schweiz blockierte russische Oligarchengelder, über die Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer oder auch aus anderen Quellen erfolgen. Zudem muss sich der Wiederaufbau an den Prinzipien der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung orientieren. Diese setzt Direktinvestitionen voraus, verlangt die Schaffung guter Arbeitsplätze,



Fabian Molina, Nationalrat ZH

die Förderung der Arbeitsrechte und den Schutz der Umwelt. Benötigt werden somit direkte Finanzierungshilfen für den Staat und Programme zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

WIE SOLIDAR SUISSE IN DER UKRAINE HILFT

In den ersten Monaten nach der russischen Invasion unterstützte Solidar Suisse aus der Ukraine geflüchtete Menschen im Nachbarland Rumänien. Dank einer Anlaufstelle konnten die Geflüchteten das Erlebte besser verarbeiten und sich in der neuen Realität zurechtfinden – auch die SP rief damals als Trägerorganisation des Hilfswerks zu Spenden auf. Bald wurde Solidar Suisse in der Ukraine selbst aktiv und arbeitet heute in den Oblasten Transkarpatien und Dnipropetrovsk mit lokalen Partnerorganisationen zusammen. Diese Organisationen bieten vor allem Frauen und Kindern psychologische Unterstützung an und stärken die sozialen Kompetenzen. In der Vergangenheit erhielten die am meisten betroffenen Menschen finanzielle Unterstützung, um ihre Grundbedürfnisse zu decken und Heizgeräte für den eisigen Winter anzuschaffen. Zudem wurden Menschen aus stark umkämpften Gebieten im Osten des Landes evakuiert. Diese Unterstützung wird Solidar Suisse auch im dritten Kriegsjahr weiterführen.

Danke, Prisca!

Am Parteitag vom 9. März 2024 in Kriens wurde unsere alt Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo verabschiedet. Neben Rudolf Strahm und David Roth sprach alt Kantonsratspräsidentin Trix Dettling. Hier ihre Würdigung im Wortlaut.

Trix Dettling,
alt Kantonsratspräsidentin

Dass du, Prisca, in der SP Kanton Luzern eine wichtige Rolle spielen würdest, das hat sich schon früh abgezeichnet. Du hast die SP nicht nur in deinem Wohnort Rothenburg vertreten, du wurdest in den 90er-Jahren auch in das kantonale Parlament, den damaligen Grossrat, gewählt und du nahmst Einsitz in der Geschäftsleitung der Kantonalpartei.

Kein Wunder, denn du hast alles mitgebracht, was eine erfolgreiche linke Politikerin ausmacht: Du bist kompetent, engagiert, blitzgescheit und unendlich hartnäckig. Das alles kam dir später in den Jahren als Rothenburger Finanzvorsteherin und natürlich in deinem Amt an der Spitze des Schweizerischen Konsumentenschutzes zugute.

Dass der Nationalrat ein Thema für dich ist, war ebenfalls bald klar. Über viele Jahre hast du an den nationalen Wahlen regelmässig ein Topresultat erreicht. 2010 durftest du dann für den zurücktretenden Hans Widmer nachrutschen.

Im Nationalrat konntest du deine umfassenden Kenntnisse in Sachen Finanz-, Steuer- und Wirtschaftsrecht für die SP gewinnbringend einsetzen. Du hast massgeblich dazu beigetragen, dass die SP wichtige nationale Abstimmungen gewinnen und damit unsoziale Steuersenkungen verhindern konnte. Egal, wie komplex die Materie daherkam, dir konnte niemand etwas vormachen. Du hattest auf alle Fragen und Einwände einleuchtende Antworten und Erklärungen, und so manche Argumentationslinie der Bürgerlichen wurde von dir mindestens so genüsslich wie gnadenlos zerpfückt.

Als äusserst kluge Strategin wusstest du auch stets genau, wo du dir Verbündete holen und mit welchen Kompromissen du die bestmöglichen Resultate erreichen konntest.

Ein Beispiel ist die Fair-Preis-Initiative. Als Präsidentin sorgtest du für die erste



Volksinitiative des Schweizerischen Konsumentenschutzes, um darauf still und leise eine überparteiliche Allianz gegen die Hochpreisinsel Schweiz zu schmieden, die Bauern und das Gewerbe an Bord zu holen und so zu erreichen, dass die meisten Forderungen der Initiative in einen Gegenvorschlag gepackt wurden. Diesem wurde zugestimmt, der Konsumentenschutz zog die Initiative zurück und die allermeisten Anliegen der Fair-Preis-Initiative sind schnell und effizient umgesetzt worden.

Diese Offenheit hat dir Respekt weit über die Parteigrenzen hinaus eingebracht. Das ist die hohe Schule der Politik in unserer Konkordanz-Demokratie und du hast sie meisterlich beherrscht.

Nebst Dossierkenntnis und strategischem Geschick ist in der Politik auch das Timing wichtig. Weil es ja immer dauert, bis einmal eingegebene Vorstösse oder Volksbegehren spruchreif werden, kann es schnell passieren, dass ein einstmals hochaktuelles Thema nach all der Zeit völlig an Brisanz verloren hat. Bei deinen Motionen zur Zügelung von systemrelevanten Banken passierte das Gegenteil. Im Juni 2021 eingereicht, kamen diese Vorstösse zwei Jahre später an der Sondersession nach dem Zusammenbruch der CS zur Abstimmung. Das Timing war perfekt und du hast deine Anliegen prompt durch den Nationalrat gebracht. Zum politischen Erfolg gehört offenbar auch ein Quäntchen Glück.

Die Partei schätzte es auch sehr, dass du an den «Berner Suppen» jeweils nach den Sessionen auf höchst anschauliche Weise über das Politgeschehen im Bundeshaus Bericht erstattet hast.

Doch das Beste kommt zum Schluss! Du hast dich zum Rücktritt auf Ende der Legislatur entschlossen. Im Wissen darum nutzte die SP Kanton Luzern die Zeit, bereitete die Wahlen akribisch vor und im letzten Herbst gelang durch einen riesigen gemeinsamen Kraftakt, was wir alle fast nicht zu hoffen wagten: Es kam nicht nur zu einem Generationenwechsel, es reichte tatsächlich auch für einen zweiten Luzerner SP-Sitz im Nationalrat. Das ist wohl das schönste Abschiedsgeschenk, welches dir die Partei machen konnte. Du kannst aufhören im Wissen, dass deine Arbeit nun mit neuem Elan und doppelter Kraft weitergeführt wird. Herzlichen Dank!

«So manche Argumentationslinie der Bürgerlichen wurde von dir mindestens so genüsslich wie gnadenlos zerpfückt.»

LINKS SO



Mindestens 23 Franken. Nichts als fair!

Wir haben es geschafft! In Rekordzeit – nach nur ca. 9 Monaten – haben wir 3700 Unterschriften für unsere kantonale Mindestlohn-Initiative eingereicht. Damit kann die Bevölkerung im Kanton Solothurn über die Einführung eines fairen und notwendigen Mindestlohns entscheiden.

Wir sagen danke: Danke für euren Effort beim Sammeln der Unterschriften und danke für euer Engagement in der SP. Jetzt ziehen wir mit dieser grossen Unterstützung im Rücken in die Vorkampagne.

Für die Menschen

Nach der Annahme der 13. AHV mit über 60 % Ja-Stimmenanteil im Kanton Solothurn ist die Einführung eines kantonalen Mindestlohns der nächste wichtige Schritt zur Stärkung der Kaufkraft in unserem Kanton.

Ein kantonaler Mindestlohn sorgt für mehr Lohngleichheit, denn im Tieflohn-Segment arbeiten vor allem Frauen. Und er steigert – bei der aktuellen Wirtschaftslage besonders wichtig – die Kaufkraft der Bevölkerung. Die Medienberichterstattung zu den tiefen Löhnen beim Unternehmen Ceva-Logistik in Neuendorf (SO) zeigt die Notwendigkeit eines verbindlichen Mindestlohns für den ganzen Kanton Solothurn auf. Wie die WOZ und CH-Media berichteten, sortieren bei dieser Firma Arbeiter:innen unsere Zalando-Retouren zu einem Tiefstlohn von unter 3500 Franken für ein 100-Prozent-Pensum und die Firma hält sich nicht an die versprochenen Lohnerhöhungen! Dieser

Skandal zeigt uns auf, dass wir uns im Tieflohnbereich nicht auf die Versprechungen der Wirtschaft verlassen können. Ein Mindestlohn schützt die Menschen vor genau dieser Ausbeutung.

Für das Gewerbe

Ein Mindestlohn schützt die fairen und ehrlichen Arbeitgeber vor Firmen, deren Geschäftsmodell nur wegen Dumpinglöhnen funktioniert. Solothurner KMUs werden so vor der unfairen Konkurrenz, die Armutslöhne zahlen will, geschützt. Auch das lokale Gewerbe profitiert von einem Mindestlohn. Menschen, die durch einen Mindestlohn mehr verdienen, werden mehr konsumieren. Sie können sich endlich einen Kaffee in einem Restaurant oder einen Haarschnitt leisten. Die Erfahrungen aus der Schweiz und dem Ausland zeigen auch, dass ein Mindestlohn nicht zum Abbau von Arbeitsplätzen führt, sondern die Wirtschaft belebt. Abwanderungen sind nicht zu befürchten, da Geschäfte, die Tiefstlöhne zahlen, stark ortsgebunden sind.

Für den Kanton Solothurn

Bei den meisten Betroffenen handelt es sich keinesfalls um eine vorübergehende Situa-

tion. Viele Menschen mit Tieflöhnen müssen vom Sozialstaat unterstützt werden. Und wer den Grossteil des Arbeitslebens über zu tiefen Löhnen arbeitet, ist nach der Pensionierung von Altersarmut betroffen. Was die Unternehmen heute bei den Löhnen sparen, zahlt die Gesellschaft also morgen bei den Ergänzungsleistungen drauf. Es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit mit Sozialhilfegeldern oder später mit Ergänzungsleistungen Arbeitgeber:innen subventioniert. Auch Arbeitnehmer:innen in Tieflohnbranchen sollen die Lebensqualität unseres schönen Kantons geniessen können.

Der Alltag wird immer teurer. Doch während Krankenkassenbeiträge und Mieten immer weiter steigen, bleiben die Löhne

DIE BILDER VON DER EINREICHUNG



Unter diesem QR-Code oder auf unserer Homepage kannst du die Bilder von der Einreichung anschauen. Die Bilder stehen euch allen zur freien Verwendung zur Verfügung. Nutzt sie für eure Magazine und Social Media.

tief. Für die Betroffenen ist es kaum möglich, am Monatsende alle Rechnungen zu bezahlen. Einmal ins Kino oder mit der Familie ins Restaurant zu gehen, wird zum unbezahlbaren Luxus. Wir sind überzeugt: Ein kantonaler Mindestlohn ist das richtige Mittel, um jetzt die Kaufkraft und die Wirtschaft in unserem Kanton zu stärken und die Menschen zu unterstützen.

Das Komitee

Im Komitee vertreten sind: die SP (vertreten durch Kantonsrat Mathias Stricker), Gewerkschaftsbund (Markus Baumann), JUSO Solothurn (Leo Valentin Hug) und die Junge SP Region Olten (Melina Aletti).

Bilder: Bilderwerft.ch



«Unsere Mindestlohn-Initiative ist nötiger denn je: Aus Solidarität gegenüber den Arbeiter:innen im Tieflohnsektor, aus Verantwortung für eine gerechte Wirtschaft und der Überzeugung, dass man von seiner Arbeit leben können muss.»

Leo Valentin Hug, Co-Präsident JUSO Solothurn



«Wer arbeitet, soll von seinem Lohn leben können. Ein Mindestlohn schützt vor Armut. Die Kantone Jura, Tessin, Genf und Neuenburg zeigen, dass ein Mindestlohn funktioniert.»

Mathias Stricker, Kantonsrat SP Kanton Solothurn



«Anständige Arbeitgeber haben durch einen kantonalen Mindestlohn überhaupt nichts zu befürchten. Im Gegenteil: Sie profitieren davon, dass Mitbewerber sich nicht mehr durch Tiefstlöhne einen Vorteil verschaffen können.»

Melina Aletti, Kantonsrätin und Co-Präsidentin Junge SP Region Olten



«Der Fall der CEVA Logistics, welche die Rücksendungen für Zalando bearbeitet, zeigt auf, wie wichtig ein kantonaler Mindestlohn ist! Dort machen Arbeitnehmende, meist Frauen mit Migrationshintergrund, einen harten Job und verdienen dabei knapp 3500 Franken brutto. Das ist Ausbeutung pur!»

Markus Baumann, Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn





David Roth und Nationalratspräsident Eric Nussbaumer.

SESSIONSRÜCKBLICK

«Der Schock stand den Bürgerlichen ins Gesicht geschrieben»

Der erfreulichste Tag der vergangenen Session des Bundesparlaments war der 4. März – der Tag nach der Abstimmung über die 13.AHV-Rente. Der Schock stand bürgerlichen Parlamentarier:innen ins Gesicht geschrieben. Doch machen wir uns nichts vor – sie werden versuchen, an anderen Stellen mit aller Härte zurückzuschlagen. Als Mitglied der Kommission für Verkehr- und Fernmeldewesen, der auch die Geschäfte rund um die staatseigenen Betriebe zugeteilt sind, habe ich das schnell zu spüren bekommen.

Geld ist da – aber nicht für die Bevölkerung

Denn während die Bürgerlichen laut rufen, dass die 13.AHV-Rente nicht finanzierbar sei, geben sie Milliarden für ihre Klientel aus. Allein in dieser Session wurden 200 Millionen Subventionen für die fleischverarbeitende Industrie beschlossen, und die höchsten Einkommen sollen durch die Senkung der Bundessteuer mit 800 Millionen bedacht werden. Innert dreier Wochen wurde so 1 Milliarde Franken verteilt. Das Geld ist vorhanden, aber die Bürgerlichen möchten es lieber ihrer Klientel geben.

ÖV-Infrastruktur ausbauen – auch in Luzern

Das erste Geschäft, das ich vertreten durfte, war die Weiterentwicklung der Bahninfra-

struktur. Gemeinsam mit der Kantonsregierung ist es uns gelungen, auch die Erneuerung des Bahnhofs Ebikon zusätzlich zu verankern. Das ist wichtig, weil dies ein Vorprojekt für den Luzerner Durchgangsbahnhof ist.

Ein harter Schlag ist ein Entscheid von Tempo 30. Die Ständerätin Andrea Gmür und Nationalrat Peter Schilliger – die beide in einer Tempo-30-Zone wohnen – wollen den Kantonen verbieten, auf stark befahrenen Strassen Tempo 30 einzuführen. Damit gefährden sie die Gesundheit von hunderttausenden Menschen, die an wenig privilegierter Lage wohnen. Besonders ein Dorn im Auge ist Peter Schilliger Tempo 30 an der Luzerner Baselstrasse – dem Schulweg von hunderten Kindern in einem der kinderreichsten Quartiere der Stadt.

Stahlindustrie und Scheinselbstständigkeit

Es gibt aber auch Gemeinsamkeiten. Mit Vertreter:innen von FDP und SVP habe ich einen Vorstoss eingereicht, der die Unterstützung der Stahlindustrie fordert, um rascher ökologischer zu produzieren. Das ist aus zwei Gründen wichtig: Der Schweizer Stahl wird aus Schrott hergestellt; wenn das nicht mehr vor Ort stattfindet, führt das zu ca. 100 000 Lastwagenfahrten pro Jahr. Zu-

dem könnten wir dann nicht mehr steuern, ob der Stahl ökologisch, das heisst mit erneuerbaren Energien produziert wird.

Mein zweiter Vorstoss nahm eine Entwicklung auf, die in einem anderen Parlament ihren Ursprung hat. Die EU hat neue Regeln für Plattform-Beschäftigte beschlossen. Diese gelten künftig als unselbständig Erwerbstätige, sofern nicht der Beweis des Gegenteils erbracht wird. Das ist ein wichtiger Schritt. Ich habe in der Folge einen Vorstoss eingereicht, damit der Bundesrat aufzeigt, wo seine Abklärungen in dieser Frage stehen. Scheinselbstständigkeit ist ein Problem für die Arbeitnehmenden. Sie sind in der Regel nicht sozialversichert, und wenn sie arbeitslos werden, bleibt ihnen nur der Weg zur Sozialhilfe und im Alter zu den Ergänzungsleistungen. Die Unternehmen mehren so ihre Gewinne auf Kosten der staatlichen Sozialwerke.

David Roth, Nationalrat



Hilfe ist bitter nötig: «Es sind verzweifelte Zeiten»

Der Solifonds, eine der Organisationen von SP und Gewerkschaften für internationale Solidarität, tritt auch in Kriegszeiten für die Rechte der Arbeiter:innen ein – aktuell im Westjordanland.

Seit dem brutalen Überfall der Hamas am 7. Oktober und dem darauffolgenden Krieg ist im Westjordanland nichts mehr, wie es einmal war. Die palästinensischen Arbeiter:innen, die zu Zehntausenden in Israel auf dem Bau und in der Landwirtschaft arbeiteten, können das Westjordanland nicht mehr verlassen. Alle Zugänge nach Israel sind geschlossen. Für die Arbeiter:innen und ihre Familien kommt dies einer Katastrophe gleich. Seit Monaten haben sie nichts verdienen können. Die letzten finanziellen Reserven – sofern überhaupt vorhanden – haben sie während der Pandemie aufgebraucht. Die Familien stehen buchstäblich vor dem Nichts.

Kommt hinzu: Wer aus dem Westjordanland täglich nach Israel pendelte und sich dort ein Auskommen erwirtschaftete, hat den Job mittlerweile verloren, sei es weil der Arbeitgeber Pleite ging oder weil die palästinensischen Arbeiter:innen kurzerhand auf die Strasse gestellt wurden. Verschärft wird die Krise noch dadurch, dass die Arbeiter:innen aus dem Westjordanland grundsätzlich kein Recht auf Arbeitslosenentschä-

digung oder andere Zuschüsse haben. Viele haben nicht einmal mehr den Septemberlohn erhalten.

«Es sind verzweifelte Zeiten», berichten zwei Vertreter:innen der Gewerkschaft MAAN dem Solifonds, der die Gewerkschaft unterstützt, die sich als eine der ganz wenigen für palästinensische Arbeiter:innen in Israel, den besetzten Gebieten und Ostjerusalem einsetzt.

Was man tun kann

Die Gewerkschaft MAAN setzt bei der konkreten Hilfe an. Information ist zentral. MAAN hat darum für die Arbeiter:innen eine Telefon-Hotline und Whats-app-Gruppen eingerichtet, um Betroffene zu beraten. Wie können ausstehende Löhne eingefordert werden? Gibt es ein Recht auf Entschädigung? Solche und ähnliche Fragen versucht MAAN zu klären – dies unter erschwerten Bedingungen, werden die Fälle von den

Gerichten wegen Personalmangels doch nur sehr schleppend bearbeitet. Der Bedarf an Information und Organisation ist riesig.

Handlungsbedarf besteht auch auf politischer Ebene. Die Aussperrung der palästinensischen Arbeiter:innen seit bald sechs Monaten kommt für MAAN einer Kollektivstrafe gleich. Ziel der rechtsextremen Regierungsmitglieder Israels ist der Ausschluss der palästinensischen Arbeitnehmer:innen vom israelischen Arbeitsmarkt und deren Ersatz durch Arbeiter:innen aus Indien, Sri Lanka, Kenia und Malawi. «Damit in Zukunft die demokratischen und sozialen Rechte für alle in der Region durchgesetzt werden können, müssen wir die Umsetzung einer solchen Politik verhindern», sagt MAAN laut und deutlich und fordert die Rückkehr der Palästinenser:innen an ihre Arbeitsplätze. Ganz im Sinne der Worte auf dem Banner, das die Gewerkschaftsvertreter:innen an Demonstrationen durch die Strassen tragen: «Keine Demokratie ohne Rechte der Arbeiter:innen!»

→ www.solifonds.ch
Unterstütze die Arbeit des Solifonds mit einer Spende – jede Spende ist willkommen.



SOLIFONDS



Tschüss, ciao, adieu R

Am jüngsten Parteitag in Genf wurde Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler von Co-Parteipräsidentin Mattea Meyer sowie Nationalrätin Jacqueline Badran mit emotionalen Worten verabschiedet. Für alle, die nicht dabei sein konnten, hier die Rede von Mattea Meyer.

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Rebekka

Dein Herz brennt seit Jahrzehnten für die SP als deine politische Familie. In den letzten sechs Jahren als Co-Generalsekretärin hast du zuerst mit Michael Sorg und danach mit Tom Cassee die Sozialdemokratie mit deiner unermüdlichen und engagierten Arbeit geprägt, gestärkt und vorangebracht.

Als vor zwei Jahren der russische Präsident Putin die Ukraine angegriffen hat, hast du im Nu eine riesige Demo auf die Beine gestellt. Die Arbeit und Vernetzung mit Bewegungen und Verbänden macht dein Schaffen aus. Du kennst alle.

Und vor allem: Du interessierst dich ehrlich und wertschätzend für dein Gegenüber – egal ob Bundesrat, langjährige Gemeindepräsidentin oder Neumitglied. Du hast die Kantonalparteien, Sektionen, Organe, Mitglieder und Sekretariats-Mitarbeitende motiviert, ihre Anliegen angehört, vermittelt, Lösungen gesucht und Antworten gefunden.

Du hast mit deinem Wirken die Menschen in der Partei vernetzt und Raum geschaffen für Diskussionen, Austausch und Zusammenhalt, zum Beispiel indem du ein Netzwerk Kommunalpolitik mitaufgebaut hast, Weiterbildungen organisiert, den Parteirat gestärkt und dabei immer auch auf die Statutenkonformität geachtet hast.

Doch das Gesellige ist bei dir nie zu kurz gekommen – du weisst um den Wert vom Bier oder Tee nach dem offiziellen Veranstaltungsteil. Du hast diese Runden belebt und bereichert mit Anekdoten, Gedanken und Ideen.

Als Historikerin und vor allem auch als ausgewiesene Kennerin der Arbeiter:innen-Bewegung hast du zudem für gute Arbeitsbedingungen gekämpft – auch auf dem Sekretariat, zum Beispiel mit der Ausarbeitung eines neuen GAV oder der Einführung und engen Begleitung der Holakratie als Organisationsform. Du hast immer sehr grosse Dankbarkeit ausgestrahlt für die Geschichte und vor allem für die Menschen, welche für die soziale Schweiz, für Frieden, für Umweltschutz

gekämpft haben und auf deren Schultern wir stehen.

Liebe Rebekka, ich erlaube mir, im Namen von uns allen zu sprechen und zu sagen: Wir werden dich, deine wertschätzende, engagierte, motivierende und zugängliche Art sehr vermissen. Gleichzeitig wissen wir – und das tröstet uns ein wenig –, dass du uns als aktives SP-Mitglied und als SP-Gemeinderätin in Erstfeld erhalten bleiben wirst!

Von Herzen alles Gute und ein grosses Danke!

DIE BERÜHRENDEN REDEN LIVE

Du konntest am Parteitag in Genf nicht dabei sein? Du kannst die berührenden Reden von Jacqueline Badran und Mattea Meyer zum Abschied von Rebekka Wyler unter diesem Link nachschauen und -hören:





ebekka

TOM CASSEE ZUM GENERALSEKRETÄR GEWÄHLT

Das Zentralsekretariat der SP Schweiz wird künftig vom bisherigen Co-Generalsekretär Tom Cassee alleine geführt. Dies hat der Parteirat der SP Schweiz an seiner Sitzung vom 22. März in Olten beschlossen. Tom Cassee hatte das Zentralsekretariat seit 2021 zusammen mit Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler geleitet.

«Wir freuen uns, dass wir mit Tom Cassee die erfolgreiche Arbeit auf dem Zentralsekretariat weiterführen können», sagt SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer. «Rebekka Wyler danken wir im Namen des Präsidiums und des Parteirats ganz herzlich für ihren ausserordentlichen Einsatz und die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Für ihre berufliche und private Zukunft wünschen wir ihr alles Gute», so SP-Co-Präsident Cédric Wermuth.

Verkannte Kämpferin für Frauenrechte: Elfie Schöpf (1937–2023)

Am 2. Dezember 2023 ist die ehemalige SP-Frauensekretärin Elfie Schöpf im Alter von 86 Jahren in aller Stille von uns gegangen. Elfie war nicht Politikerin, vielleicht sind ihr Lebenswerk und ihr Kampf für die Frauenrechte deshalb in Vergessenheit geraten.

Elfie Schöpf ist in Basel in einer katholischen Arbeiterfamilie aufgewachsen, Lehrerin durfte sie nicht studieren. Stattdessen besuchte sie die katholische Töcherschule in Freiburg, mit 21 Jahren folgte die streng katholische Heirat, bald kamen zwei Kinder und 17 Jahre später die Scheidung. Es sei «schief gelaufen, im Geschäft des Ehemannes und zwischen uns», sagte sie.

Ihren ersten Artikel konnte sie im «Nebelspalter», damals noch ein bürgerlich-satirisches Blatt, unter dem Titel «Hausfrauendasein» publizieren, später viele Beiträge in der Arbeiterzeitung «Basler AZ», bei der Helmut Hubacher als Chefredaktor wirkte. Weitherum bekannt wurde sie mit der Broschüre «Schwanger? – Ratlos» – halb Ratgeber, halb Kampfschrift.

1976 holte Helmut Hubacher, mittlerweile Präsident der SP Schweiz, Elfie Schöpf als Zentralsekretärin für die SP-Frauenkommission und für Sozialpolitik in die Berner SP-Zentrale. Hier entfaltete Elfie ihre grosse Aktivität für Frauenforderungen, Fristenlösung und Gleichstellung. Sie organisierte, referierte, inspirierte, schrieb im «Roten Heftli» der SP-Frauen. Man würde dies heute als Organisationsentwicklung bezeichnen. Die SP-Frauen waren gespalten zwischen den traditionellen Frauen, die für sozialpolitische Anliegen und das Frauenstimmrecht gekämpft hatten, und den «neuen», akademisch geprägten Bewegungsfrauen, die – wie Elfie später sagte – oft «die Frauenfrage ausgenutzt haben, um ihre eigene Karriere zu fördern».

1982 verliess Elfie Schöpf das SP-Zentralsekretariat, um beim Hilfswerk Swissaid bis 1990 als Informationsbeauftragte zu wirken. Auch dort stellte sie die Frauen als wichtigste Entwicklungsträgerinnen in den Vordergrund.

1990 kam sie dann im Alter von 53 Jahren zum «Job ihres Lebens»: Ruth Dreifuss, die damals als Zentralsekretärin



beim SGB arbeitete, beauftragte sie mit der Koordination des für 1991 geplanten Frauenstreiks.

Der erste Frauenstreik in der Geschichte der Schweiz war für den 14. Juni 1991 geplant – zwanzig Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts und zehn Jahre nach Annahme des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung. Für diese historische Aktion mobilisierte, motivierte, organisierte Elfie Schöpf Tag und Nacht. Sie entpuppte sich als wahre Kampagnenfrau: spontan, anfeuernd, ideenreich und im Büro immer ein bisschen chaotisch.

Dieser Frauenstreik wurde für sie zum grössten Engagement. Elfie Schöpf galt fortan als «Madame Frauenstreik», zumal sie später ein Buch zum 14. Juni 1991 herausgab. Am grossen Frauenstreik von 2019 durfte sie als Veteranin teilnehmen.

Später in den 1990er-Jahren wirkte Elfie Schöpf als Zentralsekretärin des Schweizerischen Mieterverbands mit Sekretariat in Zürich. Nach ihrer Pensionierung engagierte sie sich in der Flüchtlingsbetreuung und fand im Buddhismus ihre späte Verankerung. Ihre letzte Ruhestätte fand sie im buddhistischen Gräberfeld des Bremgartenfriedhofs in Bern.

Rudolf Strahm, früherer Zentralsekretär der SP Schweiz, alt Nationalrat und ehemaliger Preisüberwacher

«Jeder und jede für sich – das war gestern»

Kim Landös in der Rampe Baden.

Im Restaurant Rampe auf dem Merker-Areal in Baden, wo früher Waschmaschinen und Einbauküchen hergestellt wurden, laden die jungen Gastronominnen Jasmin Suana und Kim Landös zum geselligen Geniessen ein. Unaufgeregt zeigen sie, wie nachhaltig essen geht. Pia Wildberger

Die in Gold- und Brauntönen gehaltenen Wände, die Leuchter und die grosszügigen Holztische und Polstersessel in der «Rampe» in Baden versprühen Grandezza – hier geht es gediegen zu und her. Doch gediegen heisst nicht konventionell und schon gar nicht langweilig, wie der Blick auf die Menükarte zeigt: Über die Hälfte der Speisen ist vegan oder in veganer Ausführung im Angebot. Gleichzeitig steht auch Fleisch in spannenden Varianten auf der Karte: Wo sonst bekommt man Schweinebauch serviert?

Mit der Menükarte zeigen die Gastronominnen Jasmin Suana und Kim Landös, was sie unter zukunfts-fähigen Menüs verstehen: «Wir tischen ganz bewusst 'Second cuts' auf», sagt Kim Landös, «nicht nur die Edelstücke vom Tier.» Also beispielsweise Schweinebauch, der stundenlang geschmort wird und dann umso «chüschtiger» schmeckt. Ersatz für Tierprodukte kommt nur in Form von Beleaf-Frischkäse und Rahm in die Küche. Sonst wird ausschliesslich gekocht, geschmort und gebraten, was Saison und Region hergeben: «Wir kaufen das Gemüse direkt ab Hof und beim Lieferanten und decken uns mit Brot und Fleisch bei kleinen Familienbetrieben ein», so Kim Landös. Der Vorteil: mehr Ge-

schmack, kurze Wege, weniger Verpackung – kurz: besser fürs Klima. Auch der Tee stammt darum unter anderem aus dem Unverpackt-Laden.

Sharing is caring

Am wichtigsten ist den beiden jedoch das Teilen. Abends bestellen die Gäste nicht einzelne Gänge, sondern mehrere kleinere Teller mit allerlei Köstlichkeiten, die in die Tischmitte gestellt werden. So können sich alle rundum bedienen und probieren. Die Gäste sitzen nicht nur zusammen an einem Tisch, sondern verbringen den Abend gemeinsam in stilvollem Ambiente. «Jeder und jede für sich – das war gestern, ab sofort wird geteilt», so das Credo der beiden Gastgeberinnen. «Denn: Sharing is caring.» Ganz nebenbei führen die kleinen Portionen – Nachschlag wird gerne gereicht – zu deutlich weniger Foodwaste.

Das Konzept des Teilens haben die beiden Gastro-Fachfrauen von einer Weltreise mitgebracht. Nach der Lehre reisten die beiden Kolleginnen rund um den Globus und assen sich durch die Küchen dieser Welt, «am liebsten an den einfachen Tischen, wo wir den Müttern beim Kochen über die Schulter guckten», erzählt Kim Landös. Gar manche

Abende verbrachten sie so in allerbesten Gesellschaft. «Man teilt das Essen und erlebt den Abend zusammen.»

Das kann die Links-Redaktion bestätigen. Gemeinsam schmeckte die Süsskartoffel-Tarte in der «Rampe» doppelt so gut. Die Tarte beflügelt die Gespräche und weckt Erinnerungen an Reisen in ferne Länder, wo alle aus der Tischmitte essen. En Guete!

➔ Rampe Baden, Bruggerstrasse 37, Baden, in Gehdistanz vom Bahnhof

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathäusern an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

Weniger ist mehr

Mit der «Beyond Growth Conference», die im Mai 2023 im Europäischen Parlament in Brüssel stattgefunden hat, ist die (Post-)Wachstumsdebatte auf politischem Topniveau angelangt. Auf die Konferenz folgten weitere Anlässe, die sich mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung sowie den Möglichkeiten und Grenzen einer Postwachstums-gesellschaft beschäftigten. Das Buch des in London lehrenden Wirtschaftsanthropologen Jason Hickel ist ein wichtiger Beitrag zu dieser Debatte.

Hickel beschreibt zunächst eindringlich die Folgen der sich akzentuierenden Klimakrise, die er zugleich als eine «Krise der Ungleichheit» zwischen Nord und Süd, arm und reich charakterisiert. Die Perspektive von Hickel ist dabei keineswegs neu: Bereits in den 1970er-Jahren forderte der Ökonom Ernst Friedrich Schumacher in seinem Bestseller «Small is beautiful» die «Rückkehr zum menschlichen Mass» und plädierte dafür, ein Maximum an Glück mit einem Minimum an Konsum zu erreichen. Trotz zahlreicher Bemühungen und neuen Konzepten wie «qualitatives», «nachhaltiges» oder «grünes Wachstum» ist es bis heute aber kaum gelungen, den Konsumrausch einer auf Hochtouren laufenden Wegwerfgesellschaft spürbar einzuschränken.

Die Herausforderung, Produktion und Konsum nachhaltig(er) zu gestalten, betrifft den Kern unseres energie- und ressourcenintensiven Lebensstils. Hickel argumentiert, dass die technologische Entwicklung – beziehungs-

weise die seit Jahren versprochene Effizienzrevolution – und der Übergang zu einer Dienstleistungsgesellschaft seit den 1970er-Jahren nicht zu einer «Dematerialisierung», sondern im Gegenteil zu einer «Rematerialisierung» geführt habe. Auch Dienstleistungen (wie beispielsweise der Tourismus) seien ressourcenintensiv, und effizientere Technologien würden in wachstumsorientierten Firmen nicht einfach zum Spass eingesetzt, sondern um zusätzliches Wachstum zu ermöglichen. Das Charakteristische am Kapitalismus ist für Hickel nicht, «dass es Märkte gibt, sondern, dass er um ewiges Wachstum herum organisiert ist». Im globalen Massstab verschlinge das Wachstum der Energienachfrage ausserdem den Kapazitätszuwachs bei den erneuerbaren Energien. Die neue, saubere Energie ersetze die schmutzigen Energien nicht, sondern werde lediglich «obendrauf addiert».

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch in der Schweiz zeigen, wo die jahrelange Förderung des öffentlichen Verkehrs den privaten Individualverkehr nicht reduziert, sondern einfach durch ein neues Angebot ergänzt hat. Angelehnt an die laufende Degrowth-Debatte, die sich für eine Reduzierung des hohen Material- und Energieverbrauchs stark macht, nennt Hickel eine ganze Reihe möglicher Massnahmen für ein «gutes Leben» ohne Wachstum: Die Vorschläge reichen vom Kampf gegen die «geplante Obsoleszenz» (die gezielte Verkürzung der Nutzungsdauer von Produkten) über eine progressiv steigende Gebühr für den Ressourcen- und Energieverbrauch bis zum Umlenken von Subventionen für fossile Brennstoffe.

Wer weiterhin glaubt, die Klimakrise lasse sich mit «grünem Wachstum», «ökologischer Modernisierung», Effizienzsteigerungen, mehr Wettbewerb oder einer «Entkoppelung» von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch lösen, dem sei das Buch von Jason Hickel zur Lektüre empfohlen. Wer heute vom Klima spricht, darf vom Wachstum nicht schweigen!

Roman Rossfeld

JASON HICKEL DIE TYRANNEI DES WACHSTUMS



Wie globale Ungleichheit
die Welt spaltet und was dagegen
zu tun ist

dtv
DIGITAL

Hickel, Jason: *Weniger ist mehr. Warum der Kapitalismus den Planeten zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher sind*, München 2022.



Moritz Hager

Süsskartoffel-Tarte mit Thymian-Crème

Hauptspeise für 4 Personen

- 500 g Süsskartoffeln aus der Schweiz, z. B. von gebana
- 250 g Blätterteig, vegan und ohne Palmöl
- 1 kleine Zwiebel
- 8 EL veganer Frischkäse
- 4 EL veganer Rahm zum Aufschlagen
- 50 ml Balsamico-Essig
- 4 EL Mehl
- 50 g Rohrzucker
- 1 Strauss frischer Thymian und Rosmarin
- Salz und Pfeffer

Zubereitung

1. Rohrzucker in eine Chromstahl-Pfanne geben und caramelisieren. Balsamico zufügen, sobald eine homogene Masse entsteht, 4 Esslöffel kaltes Wasser und 1 TL Salz begeben, alles zu einer dickflüssigen Sauce reduzieren. Damit nichts anbrennt, die Pfanne immer wieder schwenken (nicht mit der Kelle rühren).
2. Süsskartoffeln gut waschen und ungeschält in feine Scheiben schneiden. Zwiebel in Ringe schneiden und zusammen mit gezupften Thymianblättern und Rosmarin in einer weiten Pfanne andünsten. Süsskartoffeln beifügen, rühren, vom Herd nehmen. 4 EL Frischkäse und den Rahm unter die Masse geben, Mehl begeben und umschichten.
3. Teig auswallen für Blech von ø 28 cm, Blech sparsam mit etwas Öl einfetten, Teig mit Gabel einstechen. Süsskartoffel-Masse auf den Teig geben, Balsamico-Reduktion darüber giessen. Im vorgeheizten Ofen bei 170 Grad 20 Minuten backen.
4. Für die Dekoration 1 EL Thymian-Blättchen beiseitelegen, den restlichen Thymian und Rosmarin sehr fein hacken und unter den Frischkäse ziehen – fertig ist die Thymian-Crème.
5. Crème nach Belieben auf die warme Tarte streichen und Thymian-Blättchen darüber streuen. Bon appétit!



Fragen an Thomas Meyer

aus Zürich, Autor von Büchern wie «Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse» oder «Was soll an meiner Nase bitte jüdisch sein?»

Warum bist du der SP beigetreten?

Stadtpräsidentin Corine Mauch hat mich mal persönlich dazu eingeladen. Aber auch, weil mir der Pazifismus der Grünen nicht mehr passte, bei denen ich die letzten Jahre Mitglied war. Ausschlaggebend war der russische Überfall auf die Ukraine.

Die Verteidigung hat wieder einen höheren Stellenwert, das Armeebudget wird auch in der Schweiz hochgefahren. Wie stehst du dazu?

Ich war 1989, als die Abschaffung der Armee vors Volk kam, 15 Jahre alt und ein glühender Befürworter der Idee. Heute sehe ich es genau umgekehrt, vor allem dank Putin und den Wahnsinnigen in Teheran. Wir müssen uns schützen. Leider. Mit dem Geld könnte man so viel Wichtigeres anstellen.

Kannst du dir vorstellen, selbst an der Waffe für Freiheit und Menschenrechte zu kämpfen?

Aktuell kann ich mir vor allem vorstellen, gegen Leute zu kämpfen, die Juden töten wollen.

Wie lauten denn deine Erwartungen an die SP?

Ich erwarte von der SP, dass sie soziale Anliegen bearbeitet, auf laute, kluge und überzeugende Weise. Und ich erwarte, dass sie sich dem Antisemitismus in ihren eigenen Reihen stellt.

Kannst du dir vorstellen, dich in einem Amt oder in einer Funktion politisch zu betätigen?

Ich kann mir das gut vorstellen, stelle mir aber auch vor, dass das mit vielen, langen und schlecht geführten Sitzungen verbunden ist. Und die fand ich schon in den Werbeagenturen sehr mühsam.

Pia Wildberger

BUCHBESPRECHUNG

Wie Anny Klawa-Morf für die Gleichberechtigung kämpfte

Im Buch «Die Welt ist mein Haus. Das Leben der Anny Klawa-Morf» tauchen die Leser:innen in das Leben einer bemerkenswerten Frau ein, die trotz widriger Umstände und einer von Existenzängsten geprägten Kindheit zu einer herausragenden Persönlichkeit heranwuchs.

Die Autorin Annette Frei Berthoud zeichnet ein lebendiges Bild der charismatischen Anny Morf, die sich bereits in jungen Jahren gewerkschaftlich engagierte und zur überzeugten Sozialistin wurde. Sie gründete 1911 die «Sozialistische Mädchengruppe» und setzte sich zeitlebens für Lohngleichheit und das Frauenstimmrecht ein. «Es wird noch Jahrzehnte dauern, bis einmal der Gedanke der Gleichberechtigung Wirklichkeit wird. Dazu braucht es viel Kleinarbeit, aber diese Kleinarbeit lohnt sich», so Anny Klawa-Morf rückblickend. Ihre tiefe Überzeugung, wonach Lebens- und Arbeitsbedingungen veränderbar sind, übertrug sich auf ihre Mitmenschen.

Gründerin der Roten Falken

Anny Morf organisierte 1912 den Zürcher Generalstreik mit und unterstützte in den Jahren des Ersten Weltkriegs die Friedenskundgebungen der Arbeiter:innenbewegung. Ihr Weg führte sie unter anderem nach München, wo sie als Sekretärin für die sogenannte «Rote Armee» arbeitete und den Zusammenbruch der Räterepublik miterlebte, bevor sie sich schliesslich in Bern niederliess. 1922 heiratete sie den lettischen Typografen Janis Klawa. Während 70 Jahren war sie engagiertes Mitglied der SP Länggasse. Eines ihrer Herzensprojekte war die Gründung der Berner Kinderfreunde (Rote Falken), ein Freizeitangebot für Kinder von Arbeiter:innen. Bis ins hohe Alter engagierte sich Anny Klawa-Morf in der SP und bei den Kinderfreunden und teilte ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit jüngeren Genoss:innen.

Ihr Vermächtnis lebt heute in der Anny-Klawa-Morf-Stiftung weiter, die das Buch anlässlich ihres 130. Geburtstages neu aufgelegt hat. Die Erzählung von Annette Frei Berthoud ist sehr farbig und lebendig, und sie macht Anny Klawa-Morf für die Leser:innen auf bewegende Weise zugänglich. Eine lesenswerte Publikation über eine beeindruckende Frau, deren Leben und Werk viel zu lange im Schatten der Geschichte stand!

Julia Baumgartner,
Zentralsekretärin SP Frauen

Die Welt ist mein Haus. Das Leben der Anny Klawa-Morf, von Annette Frei-Berthoud, erhältlich in deiner Lieblingsbuchhandlung.



**ANNY
KLAWA-
MORF**

Stiftung · Fondation · Fondazione

130 Jahre Anny Klawa-Morf: Vorstellung der neuaufgelegten Biografie «Die Welt ist mein Haus» mit anschliessender Diskussion zu «Frauenstreik damals und heute»

- 18. April, 19.30 Uhr, Buchhandlung Labyrinth, Basel. Podium mit Franziska Schutzbach (Soziologin, Moderation), Annette Frei Berthoud (Autorin) und Anouk Haueter (Feministischer Streik Basel)
- 24. April, 18.30 Uhr, Eventraum Falkenplatz 11, Bern. Podium mit Annette Frei Berthoud (Autorin), Patricia Purtschert (Universität Bern), Rosmarie Quadranti (Alliance F), Vanessa Bieri (Co-Präsidentin SP Frauen Kanton Bern), Melanie Pfändler (Journalistin, Moderation)

Stadtrundgang «ZH Kolonial» über die kolonialen Verwicklungen Zürichs

- Rundgang mit dem Fokus «Wirtschaftliche Ausbeutung und Kolonialismus»: 15. März, 14 Uhr, 7. April, 14 Uhr, 25. Mai, 14 Uhr, 2. Juni, 14 Uhr.
- Rundgang mit dem Fokus «Wissenschaft, Kultur und Kolonialismus»: 13. April, 14 Uhr, 31. Mai, 17.30 Uhr, 8. Juni, 14 Uhr

Anmeldung und Informationen unter: anny-klawa-morf.ch/events/stadtrundgang-zh-kolonial-fruehling-2024-2/

BILDUNG BEI DER SP SCHWEIZ

Keine Demokratie ohne Bildung! An unseren Veranstaltungen informieren wir engagierte Parteimitglieder über die unterschiedlichsten Themen, unterstützen unsere Leute in den Sektionsvorständen sowie unsere Behördenmitglieder in ihrem Engagement und stärken die Vernetzung in der Partei. Die Anlässe finden in der Regel online via Zoom statt.



Unser Gesundheitssystem: Kosten und Finanzierung

- Dienstag, 23. April, 19.30–21 Uhr, online
- Zielpublikum: Mitglieder und Interessierte

Intersektionalität: Wir schärfen den Blick! Ein Podiumsgespräch

- Donnerstag, 13. Juni, 18.30–21 Uhr, mit anschliessendem Apéro
- Präsenzveranstaltung in Zürich
- Zielpublikum: Mitglieder und Interessierte

Energieversorgung – zwischen Privatwirtschaft und Service Public

- Dienstag, 14. Mai, 19.30–21 Uhr, online
- Zielpublikum: Mitglieder mit Behördenämtern

Einführung in Social Media

- Mittwoch, 10. April, 19.30–21 Uhr, online
- Zielpublikum: Verantwortliche für Social-Media-Kanäle in den Sektionen und Kantonalparteien (Ehrenamtliche und Mitarbeiter:innen der Partei)

Inhalte für soziale Netzwerke erstellen

- Sa, 27. April, 13.30–16.30 Uhr
- Präsenzveranstaltung in Zürich
- Zielpublikum: Verantwortliche für Social-Media-Kanäle in den Sektionen und Kantonalparteien (Ehrenamtliche und Mitarbeiter:innen der Partei)

Unsere Mitgliederdatenbank Tocco

- Dienstag, 25. Juni, 10–16 Uhr
- Präsenzveranstaltung in Bern
- Zielpublikum: Adressverantwortliche/Verantwortliche Mitgliederadministration sowie Power-User:innen in den Kantonalparteien

Kommunaltagung

- Die diesjährige Kommunaltagung widmet sich dem Thema Kollegialitätsprinzip auf Gemeindeebene und bietet zahlreiche Workshops zu verschiedenen Themen inhaltlicher und handwerklicher Art. Im Vordergrund stehen neben diesen Inputs der Austausch und die Vernetzung.
- Sa, 14. September, 10–16 Uhr
 - Präsenzveranstaltung in Belp (BE)
 - Zielpublikum: Mitglieder in Behördenämtern

AGENDA 2024

- SA, 6. APRIL**
Podiumsdiskussion zu den Europawahlen, Zürich
- DO, 18. APRIL**
Delegiertenversammlung der SP60+, Bern
- MI, 1. MAI**
Raus auf die Strasse
Prämien runter, Löhne rauf!
- SA, 1. JUNI**
Mitgliederkonferenz SP 60+, Bern
- SA, 15. JUNI**
Delegiertenkonferenz
SP Migrant:innen
- FR, 21. JUNI**
Parteirrat, Olten
- DO, 5. SEPTEMBER**
Delegiertenkonferenz SP60+
- FR, 6. SEPTEMBER**
Parteirrat, online
- SA, 14. SEPTEMBER**
Kommunaltagung, Belp (BE)
- SA, 28. SEPTEMBER**
Herbstkonferenz SP60+
- SA/SO, 26./27. OKTOBER**
Parteitag, Davos
- Aktuelle Infos unter**
www.sp-ps.ch/agenda

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Pensionskassen – Kurse für Mitglieder von Stiftungsräten

Kurs Nr. D1.3.2401
Basiskurs: 13.–14. Mai 2024
in Olten

Kurs Nr. D1.3.2403
Aufbaukurs: 10.–11. Juni 2024
in Olten

Die Vertretung der Arbeitnehmenden in den Pensionskassen beinhaltet viel Verantwortung und Einflussmöglichkeiten. Die

Kurse vermitteln die wichtigsten Grundlagen für diese Aufgabe und nehmen die aktuellsten Probleme der Pensionskassen auf.

Erfolgreich verhandeln

Kurs D1.8.2407
23.–24. Mai 2024 in Männedorf
Dieser Kurs richtet sich an Mitglieder von Personalvertretungen, gibt viele Inputs für erfolg-

reiches Verhandeln und bietet den Teilnehmenden die Möglichkeit, Techniken und Methoden in Rollenspielen zu vertiefen.

Geschichte der Gewerkschaftsbewegung

Kurs Nr. D2.1.2404
17.–18. Juni 2024 in Balsthal
Wie sind die Gewerkschaften in der Schweiz stark geworden? Mit welchen Problemen hatten sie zu kämpfen? Der Kurs vermittelt einen geschichtlichen Überblick und zeigt, was die Gewerkschaften für soziale Sicherheit und Demokratie in der Schweiz geleistet haben.

Altersvorsorge auf drei Säulen: Zukunftsperspektiven

Kurs Nr. D1.8.2416
19.–20. Juni 2024 in Kappel am Albis
Dieser Kurs richtet sich an Vertrauensleute und Mitglieder von Personalvertretungen. AHV, BVG und 3. Säule – erfahre, wie diese Versicherungen finanziert werden und welche Leistungen zu erwarten sind.

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

AZB
CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG



**MIETRECHT
AUSHÖHLEN?**

**2x
NEIN**



**Bestelle jetzt eine Fahne gegen
die Aushöhlung des Mietrechts!**

